

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Verantwortlich: Nachrichten Dresden
Verlags- und Druckerei: Nr. 20011
Schulze-Wechsungen
Dresden - K. L. Marienstr. 28/29

Bezugspreis vom 16. bis 20. April 1930 bei täglich zweimaliger Auslieferung incl. Post 1,70 RM.
Bezugspreis für Monat April 2,40 RM. einl. 95 Pfg. Postgebühr (ohne Postzustellungsgebühr).
Einzelnummer 10 Pfg., außerhalb Dresdens 15 Pfg. Anzeigenpreis: Die Anzeigen werden nach
Goldmark berechnet: die einseitige 20 mm breite Zeile 35 Pfg., für auswärts 40 Pfg. Familien-
anzeigen und Stellenanzeigen ohne Rabatt 15 Pfg., außerhalb 25 Pfg., die 20 mm breite Zeile 20 Pfg.,
außerhalb 25 Pfg. Cirkulargebühren 20 Pfg. Zuständige Postämter sind im Vorausbestellungs-

Druck u. Verlag: Herbig & Weichardt,
Dresden, Postfach-Nr. 1048
Kassendruck nur mit best. Genehmigung
(Dresden, Nachr.) zulässig. Unverlangte
Schriftstücke werden nicht aufbewahrt

Oefen und Herde
kauft man preiswert im Fachgeschäft!

Chr. Garms Inh. W. Eckardt Gr. Zwingerstr. 13
Fernspr. 10202 Nähe Postplatz

Kochanlagen für Großbetriebe - Kohlen- und Gasherde
Dauerbrand-Oefen - Ersatzteile

KONDITOREI
Limberg
Prager Straße 10

Empfehle meine anerkannt vorzüglichen
Oster-Brötchen
Kaffee- und Teegebäck
In vielen Sorten

Café Hülfert Konzert-
Konditorei
Prager Straße, Ecke Sidonienstraße

Tägl. Konzerte
Gustav Agenta **Der Balkon Dresdens**

Polnischer Terror gegen die Deutschen Drakonische Strafanträge im Bromberger Deutschtums-Bund-Prozess

Bromberg, 16. April. Im Deutschtums-Bund-Prozess beantragte der Staatsanwalt auf Grund der §§ 86, 92 und 129 des Deutschen Strafgesetzbuches und auf Grund des Deutschen Spionagegesetzes vom Juni 1914 gegen Studienrat Heideck 2 1/2 Jahre Zuchthaus, gegen den Botaniker Krause 1 Jahr 9 Monate Zuchthaus, Rittergutsbesitzer von Willeben 1 Jahr 1 Monat Zuchthaus, Geschäftsführer Jenner 1 Jahr 1 Monat Zuchthaus, Dr. Scholz (Polen) 2 Jahre 2 Monate Zuchthaus, Schmidt 2 1/2 Jahre Zuchthaus, Fr. Seiler 1 Jahr Gefängnis und 1 Jahr Festung, Dobbermann 1 Jahr 3 Monate Gefängnis, Arendt 1 Jahr Gefängnis, Dr. Winkelhausen 10 Monate Gefängnis.

In zweieinhalbstündiger Rede erklärte der Staatsanwalt a. a., daß er die Anklage gegen sämtliche Angeklagten voll aufrechterhalte. Dabei unterliesen ihm verschiedene grobe Fehler.

Er verwechselte er annulierte Anfechtung und liquidierte Reichsdeutsche miteinander, ferner die Wiener Verträge und die Wiener Konvention. Er sah es als strafbare Handlung an, wenn den deutschen Anwohnern polnische Staatsangehörigkeit geraten wurde, über ihr Eigentum selbständig zu verfügen, ferner wenn deutsche interne Statistiken über Bevölkerung und Verufe geführt wurden, die man zu kulturellen Zwecken benötigte. Diese Statistiken hält der Staatsanwalt für „Sammlungen von geheimzuhaltendem Material“, in der Absicht, es einer fremden Macht mitzuteilen. Er sprach

weiter von einer Schädigung der Interessen des polnischen Staates durch den Deutschtumsbund. Wenn die Kriegsgeldmünzen des Riffhäuserbundes für ehemalige Kriegsteilnehmer durch Vertrauensmänner des Deutschtumsbundes beordert wurden, so sei das „die Ausstattung einer militärischen Einheit“. Das deutsche Auslandsamt in Stuttgart sei eine amtliche Stelle, die mit der deutschen Regierung in engem Zusammenhange stehe und zusammenarbeite.

Wenn er auch keine Beweise für bereit erfolgten Verrat habe, so glaube er doch, die Absicht beweisen zu können, daß ein solcher Verrat angebahnt worden sei.

Das genüge für die Schuldigsprechung. Zum Schluß behauptete der Staatsanwalt, daß

der Deutschtumsbund eine „Zweigstelle der deutschen Regierung“ sei.

Die Polen in Deutschland befehlen, so erklärte er, längst nicht die Freiheiten wie die Deutschen in Polen. Die Deutschen in Polen hätten diese Freiheiten dazu ausgenützt, um zum Schaden des polnischen Staates zu arbeiten.

Teuerung durch Zollwucher?

Ungeheuerlich ist die Demagogie, mit der die Sozialdemokratie nach ihrer freiwilligen Machtentäußerung jetzt gegen die bürgerliche Reichsregierung zu Felde zieht, als die reaktionärste, die teuerste und wirtschaftsfeindlichste seit Bestehen der Republik. Sogar das nach links hin so nachsichtige Zentrum hat sich schon gezwungen gesehen, gegen die Verlogenheit dieser Agitation Protest einzulegen. Und auch die Wirtschaft wird sich einigermassen wundern über die neuen Freunde, die sie plötzlich auf der linken Seite gefunden hat. Sonst galt man dort als Scharfmacher und Arbeiterfeind, wenn man ein Wort über die Notlage der Produktionsstände zu sagen wagte; jetzt aber hat sich auf einmal das Blatt gewendet, und die ganze sozialdemokratische Presse ist voll von Klagekliegern über das Unrecht, das angeblich der Industrie und dem Handel geschieht. Das ist freilich keine innere Umkehr, sondern nur eine taktische Schwertung. Man sucht Bundesgenossen, wo man sie findet, gegen den Hauptgegner des Augenblicks, gegen die Landwirtschaft.

Sie steht wegen Schiefes Agrarvorlage im Mittelpunkt der Debatte, weil man endlich, nach allzu langem Zögern und halbherzigen Maßnahmen im Ernst ans Werk geht, um ihr wieder auf die Beine zu helfen. In diesem Augenblick sind alle die honigsüßen Freundschaftsbeteuerungen vergessen, die man der Landwirtschaft jahrelang als Trost anstatt der verlangten Hilfe gesendet hatte, und die Bauernfeindschaft der roten Nichts-als-Verbraucherpartei zeigt sich in ihrer neidgeschwollenen Radikalität. Sie hat sich nicht einmal die Mühe gegeben, ihr Schlagwortarsenal aus der Vorkriegszeit zu erneuern. Die abgeleiteten Leitmotive des Klassenkampfes klingen mühelos wieder auf vom Zollwucher, von der Liebesgabenpolitik für die Mittelbauern und von der Hungerkur für die arbeitende Masse. Auch die altbekannten Gehäufte sieht man, in gleicher Geistesarmut sich wiederholend; nur daß es jetzt Schiele ist statt Bälows, der als Maurer die große Zollmauer baut und das billige Auslandsvieh aussperrt, während auf der anderen Seite das schneidende wartende Volk den Schwachriemen enger schnallt.

Abgrundtiefer ist diese Verlogenheit. Eine freche Spekulation auf die Vergeßlichkeit der Massen, die mit dem Zollwuchergeschrei darüber hinwegtäuscht werden sollen, daß die Sozialdemokratie diese „reaktionäre“ Politik verschuldet und bis vor kurzem auch tapfer mitgemacht hat. Denn die Schwierigkeiten der Krise, in der wir uns winden, stammen nicht allein und auch nicht hauptsächlich aus der Agrarvorlage, sondern aus den Steuererhöhungen, die uns als Erblichkeit der Silberbindischen Mikrowirtschaft am Hals hängengeblieben sind. Und dieses Finanzprogramm mit 500 Millionen Mark Steuern ist von der sozialdemokratischen Regierung Müller übernommen worden. Allerdings mit einigen kleinen Änderungen: die Garantie für die Berewigung aller Mißstände in der Arbeitslosenversicherung ist nicht mehr darin enthalten, und die Sonderumsatzsteuer, die auch die Konsumvereine trifft, ist gewiß gegen den Willen ihrer Beschläger hincingekommen. Aber die Grundzüge waren in der Großen Koalition schon von der Sozialdemokratie bewilligt, und es hilft ihr nichts, daß sie jetzt die Hände in Unschuld wäscht, weil sie formal die Verantwortung nicht mehr trägt.

Aus lauter Verlegenheit über ihre tatsächliche Mitverantwortung für die Massenverbrauchssteuern kürzen sich die Sozialdemokraten jetzt mit Earm auf das Agrarprogramm. Auf der Jagd nach dem „Zollwucher“ wollen sie den eigenen Betrug verschleiern. Aber der Trick soll diesmal nicht gelingen. Man wird sie darauf schnageln — und sie selbst werden es nicht leugnen können — daß sie in der Großen Koalition selbst einem Agrarsteuerverprogramm au-

Beschärfung der Lage in Indien

Angriff auf das Europäerviertel in Kalkutta

London, 14. April. Die Unruhen in Indien haben sich jetzt auf die drei wichtigsten Städte — Karachi, Kalkutta und Bombay — ausgebreitet.

In Kalkutta, wo bereits am Dienstag große Unruhen zu verzeichnen waren, hat sich die Lage im Laufe der Nacht und in den heutigen Vormittagsstunden erheblich verschlimmert.

Das Europäerviertel wurde von Eingeborenen angegriffen.

Europäer wurden auf dem Heimwege von ihren Büros mit Steinen beworfen. In den wichtigsten Polizeistationen werden britische Truppen in Bereitschaft gehalten. Der Sicherheitsdienst in den Straßen wird weiterhin durch Panzerwagen unterstützt.

Aus Bombay sind 300 Freiwillige Gandhis ausgeschickt, um die Salzkügel der Regierung, die etwa 13 Kilometer vor der Stadt liegen, zu plündern. Für die kommende Nacht werden weitere ernste Zusammenstöße befürchtet.

In Karachi, das bisher ziemlich ruhig war, sind am Mittwoch sechs Führer des Nationalkongresses verhaftet worden. Die Polizei hat ein Lager der Anhänger Gandhis, eine Hindubücherei und eine Schule zur Förderung der Sommerbewegung in Indien durchsucht und zahlreiche Material beschlagnahmt. Vor einem Gericht in Karachi sammelte sich eine große Menschenmenge an, worauf die Fensterläden ein und versucht, das Gebäude zu kürmen. Zwei europäische Polizisten wurden verwundet. Die Polizei feuerte

in die Menge. Die Zahl der Verletzten auf Seiten der Eingeborenen ist nicht bekannt. In Karachi sind innerhalb der letzten 24 Stunden

über 50 Personen verletzt worden, darunter 14 Polizisten und 11 Feuerwehrleute. Entgegen den bisherigen Meldungen ist festzustellen, daß der Sekretär Gandhis nicht verhaftet worden ist. Er ist am heutigen Mittwoch zu einer Beratung mit Gandhis zusammengetroffen.

Nach einer amtlichen Mitteilung haben im Bezirk Bombay von 2747 eingeborenen Beamten 317 um ihre Entlassung gebeten, um ihrer Sympathie für Gandhis Ausdruck zu geben.

Beforgnis in England

London, 16. April. Die Berichte über die Ausdehnung der indischen Unruhen nehmen in der Presse großen Raum ein. „Evening Standard“ schreibt, die Lage in Indien werde jeden Tag ernster. Das Blatt betont, daß heute abend schwere Ausschreitungen in Bombay vorgekommen seien. Aus Kalkutta berichtet das Blatt, daß zwei von den neun Europäern, die durch Steinwürfe verletzt wurden, davon eine Frau, ernst dankeberliegen.

Der Staatssekretär für Indien, Wedgwood Benn, teilte im Unterhaus mit: Auf Grund amtlicher Berichte habe er keinen Zweifel, daß die britischen Behörden vollständig Herr der Lage seien. Auf die Dinwelle Lord Wintertons, daß in England die Entwicklung zunehmende Sorge verurliche, erwiderte der Minister, daß die Regierung die Ereignisse mit sehr großer Sorgfalt verfolge.

„Graf Zeppelins“ Landung in Sevilla

Wieder auf der Heimreise

Madrid, 16. April. „Graf Zeppelin“ traf um 1,30 Uhr über Sevilla ein, vom Jubel der Bevölkerung begrüßt. Das Luftschiff landete ein Grußtelegramm für Sevilla und teilte dabei mit, daß die Fahrt über glücklich verlaufen sei.

Unter dem Jubel der unzählbaren Menschenmenge ließ „Graf Zeppelin“ um 17,40 Uhr das erste Galstian über dem Flughafen von Sevilla fallen. Wenige Minuten später war die Landung glatt vollzogen. Die Menge klatschte begeistert Beifall. Zahllose Schreie auf Deutschland und den Zeppelin erklangen. In Begleitung des deutschen Botschafters besichtigten der König und die Königin von Spanien das Luftschiff. Sie zeigten großes Interesse für

die Einrichtung des Luftriesen und sprachen dem Führer und der Besatzung ihre volle Anerkennung aus. Wie groß das Interesse für den Zeppelin ist, geht daraus hervor, daß Schaulustige aus allen Teilen des Landes nach Sevilla gekommen sind. In der Nähe des Flugplatzes parkten über 4000 Automobile.

Um 18,40 Uhr ließ das Luftschiff wieder auf, umkreiste noch einmal den Flugplatz und flog dann in großer Höhe davon. Der Besuch des deutschen Luftschiffes hat in Spanien sehr großen Eindruck gemacht. Überall gab die Bevölkerung ihrer Freude lebhaften Ausdruck.

Die Rückfahrt erfolgt auf derselben Route wie bei der Hinfahrt. Die Landung in Friedrichshafen dürfte voraussichtlich Freitag früh erfolgen.

Heute: **D.N.** - Kraftfahrer
Seite 9 und 10